

Wahlschock in Rumänien: Neue Regierung weiter auf Europakurs

Anneli Ute Gabanyi

Die jüngsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rumänien ließen das Ausmaß der wirtschaftlichen, aber auch der moralischen Krise des Landes deutlich werden. Die »Revolution mit dem Stimmzettel« zielt auf die politische Klasse in ihrer Gesamtheit, die als der wahre Schuldige dafür angesehen wird, daß Rumänien heute als Schlußlicht unter den EU-assozierten Staaten gilt. Der Aufstieg des extremistischen Präsidentschaftskandidaten konnte im zweiten Wahlgang gestoppt werden. Nun muß die neue, pragmatische Minderheitsregierung mit Unterstützung der demokratischen Oppositionsparteien versuchen, ein weiteres Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung zu verhindern, und zugleich Strukturreformen einleiten. Eine Aufgabe, die ohne eine klare Integrationsperspektive seitens EU und NATO kaum zu bewältigen sein wird.

Zum vierten Mal nach dem gewaltsamen Sturz des kommunistischen Diktators Nicolae Ceauşescu fanden in Rumänien im November 2000 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Es waren Protestwahlen in Zeiten der Krise. Aus Enttäuschung über die nicht eingelösten Wahlversprechungen der aus christdemokratischen, liberalen, sozialdemokratischen Parteien und der Vertretung der ungarischen Minderheit gebildeten Regierungskoalition wählten die Rumänen mehrheitlich links. Wahlsieger wurde bei einer Wahlbeteiligung von 65,31% Iliescus *Sozialdemokratischer Pol Rumäniens* mit rund 37% in beiden Häusern, mit großen Abstand gefolgt von Corneliu Vadim Tudors Partei *Großrumänien* mit rund 20% der abgegebenen Stimmen. Drei ehemalige Regierungsparteien, die 1992 von der Iliescu-Partei

abgespaltene *Demokratische Partei* Petre Romans, die *Nationalliberale Partei* und der *Ungarnverband*, erzielten mit jeweils um die 7% zusammen so viele Stimmen wie die extremistische Tudor-Partei. Die *Christdemokratische Nationale Bauernpartei* ist erstmals nach der Wende nicht mehr im Parlament vertreten. Ion Iliescu, der alte, 1996 abgewählte Präsident, ist auch der neue. Im zweiten Wahlgang setzte er sich gegen den Demagogen Corneliu Vadim Tudor durch. Die Rumänen, urteilte die Presse, hätten nur die Wahl gehabt zwischen einem Reformkommunisten und einem Nationalkommunisten, zwischen Pest und Cholera.

Iliescu wie Tudor hatten im Wahlkampf die Unzufriedenheit der Bürger angeheizt. Ihre Kritik war nicht unberechtigt. Statt wie versprochen die verschleppten Reformen in Gang zu bringen, den Kampf gegen

die Korruption aufzunehmen und die kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten, schreckten auch die Parteien der bürgerlichen Koalition aus Furcht vor sozialen Unruhen vor entschlossenen Maßnahmen zurück. Als die Privatisierung endlich in Gang kam und zumindest einige wichtige Gesetzesvorhaben das Parlament passiert hatten, war es bereits zu spät. Seit 1996 ist die Kaufkraft des Bürgers in Rumänien um rund 50% gesunken, 43% der Menschen leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Stimmung in der Bevölkerung war gereizt, seit sich Mitte 2000 Zehntausende durch den Zusammenbruch eines landesweiten Investmentfonds um ihre Ersparnisse gebracht sahen.

Einen negativen Niederschlag im öffentlichen Bewußtsein fanden auch die andauernden Querelen zwischen den Politikern der Regierungsparteien um Posten, Pfründen und Privilegien. Die außenpolitische Bilanz der Regierung war, gemessen an ihren Versprechungen, ebenfalls enttäuschend. Der doppelte Zurückweisungsschock, den das Land im Jahre 1997 erlitten hatte, als Rumänien weder in die Gruppe der ersten drei Erweiterungskandidaten der NATO eingereiht wurde noch zu jenen fünf EU-assoziierten Ländern gehörte, mit denen die Union direkte Beitrittsverhandlungen aufnahm, hatte verheerende Folgen für das Ansehen der Regierung und des Staatspräsidenten. Der Ende 1999 vom Europäischen Rat in Helsinki gefaßte Beschluß, nun doch auch mit Rumänien in direkte Beitrittsverhandlungen einzutreten, konnte die negativen Folgen für die Popularität der Regierungsparteien nicht mehr aufhalten.

Krise begünstigt extremistische Partei

Als klar wurde, daß der amtierende Staatspräsident Emil Constantinescu in keiner denkbaren Parteienkonstellation eine Siegeschance bei den Präsidentschaftswahlen haben würde, kündigte er am 17. Juli 2000 seinen Verzicht auf eine neuerliche Kandidatur an. Die davon erhoffte Trendwende

zugunsten der Parteien der Regierungskoalition blieb jedoch aus. Sie führten den Wahlkampf, wie sie die vier zurückliegenden Jahre hindurch regiert hatten: zerstritten und unfähig, sich gegen die Parteien der Opposition durchzusetzen. Die Regierungsarbeit verkam zunehmend zum Wahlkampf innerhalb der Koalition. Der Wähler machte dafür vor allem die Christdemokratische *Nationale Bauernpartei* verantwortlich. Im neuen rumänischen Parlament gibt es erstmals keine »rechte« konservative Partei mehr.

Bereits zur Jahresmitte 2000 wurde deutlich, daß die größte Oppositionspartei, *Iliescus Partei der Sozialen Demokratie*, die kommenden Parlamentswahlen gewinnen würde. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2000 siegte sie überlegen mit 28,87% der Stimmen bei der Wahl der Kreisträte, mit 28,65% bei der Wahl der Gemeinderäte und mit 35,55% bei der Wahl der Bürgermeister. Bei den Parlamentswahlen trat sie zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens und der Humanistischen Partei unter dem Parteinamen *Sozialdemokratischer Pol Rumäniens* an.

Von der Frustration der Wähler über sinkenden Lebensstandard und ungelöste soziale Probleme und von der sich ausbreitenden Politik- und Parteienverdrossenheit profitierte jedoch vor allem eine Partei: die *Partei Großrumänien*. Nach den Parlamentswahlen von 1996 hatte sie sich zu einem Sammelbecken für Anhänger der durch die Wahlen von 1996 geschwächten oder nicht mehr im Parlament vertretenen Parteien des sozialistisch-nationalistischen Spektrums entwickelt. *Partidul România Mare* (PRM) ist sowohl gemäß dem eigenen Selbstverständnis als auch aus der Sicht der rumänischen Presse und Politik eine »linke« Partei – die eigentliche Nachfolgepartei der RKP Nicolae Ceauşescu. Trotz einiger Überschneidungen mit der faschistischen Ideologie der Vorkriegsbewegung Eiserne Garde überwiegen die Anklänge an das sowjetisch-stalinistische sowie das rumänisch-nationalkommunistische Modell. Ihre Doktrin ist extrem nationalistisch, antisemitisch, rassi-

stisch und fremdenfeindlich, antiwestlich, antidemokratisch und antireformistisch. Gewaltbereitschaft demonstrierte sie nicht nur in der Theorie, sondern auch in der politischen Praxis: Im Januar 1999 rief ihr Vorsitzender offen zum Sturz des demokratisch gewählten Regimes auf. Die von ihm sogenannte »Revolution zur Befreiung Rumäniens vom Joch der Mafia und der Volksverräter« konnte nur durch den Einsatz des Militärs gestoppt werden.

Gesucht: Ein anderer Präsident

Bei den Wahlen des Jahres 2000 konzentrierte sich das Interesse auf die Präsidentschaftswahlen. Zum einen, weil es sich im Unterschied zu den Parlamentswahlen um Direktwahlen handelte, zum anderen, weil der Sieg der *Partei der Sozialen Demokratie* Rumäniens bei den Parlamentswahlen schon seit langem feststand, während der Sieg ihres Präsidentschaftskandidaten Iliescu keineswegs als gesichert gelten konnte.

Ion Iliescu, von Ceaușescu aus dem Zentrum der Macht verbannter Reformkommunist, »mastermind« und Profiteur des revolutionären Staatsstreichs im Dezember 1989, trat zum vierten Mal bei Präsidentschaftswahlen an. Nach Siegen 1990 und 1992 verlor er 1996 sein Amt an Emil Constantinescu. Eine wichtige Identifikationsfigur für die Armen in den rückständigen Regionen, gerierte er sich im Wahlkampf als Mann der Massen, umgab sich zugleich aber auch mit Vertretern der intellektuellen und künstlerischen Elite. Obwohl anfangs noch Wahlmagnet für seine *Partei der Sozialen Demokratie*, erzielte Iliescu in der Spätphase des Wahlkampfes bei den Meinungsumfragen niedrigere Sympathiewerte als seine Partei. Die Wähler wollten offenbar nicht nur jüngere, sondern auch andere Politiker – und eine andere Politik.

Der in Umfragen ermittelte ideale Präsident (»Domnul Altcineva« – Herr Andersjemand) sollte Problemlösungskompetenz mit einem gewissen Abstand zur politischen Elite verbinden. Da die Regierungs-

parteien nicht fähig waren, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, der diesem Erwartungshorizont entsprach, sahen sich die Wähler mit vier von den Koalitionsparteien nominierten Anwärtern auf das Präsidentenamt konfrontiert.

Der langjährige Gouverneur der Nationalbank und seit Dezember 1999 amtierende parteilose Premierminister Mugur Isărescu schien dem Idealbild des parteilich ungebundenen Fachmanns am ehesten zu entsprechen. Er trat als unabhängiger Kandidat an. Die *Rumänische Demokratische Konvention 2000* unterstützte seine Kandidatur lediglich. Theodor Stolojan, der Kandidat der *Nationalliberalen Partei*, wurde bis zu seinem Parteibeitritt im Juli 2000 ebenfalls als »Technokrat« gehandelt. Der Finanzfachmann hatte sich als Premierminister (1991/92), Mitarbeiter der Weltbank und Unternehmer einen Namen gemacht. Hinzu kamen der ehemalige Premierminister, Senatspräsident und Außenminister Petre Roman als Kandidat der *Demokratischen Partei* und schließlich auch Senator György Frunda vom *Demokratischen Verband der Ungarn Rumäniens*. Vergeblich hatten prominente Intellektuelle die regierenden Parteien vor einer Zersplitterung ihrer Wählerstimmen gewarnt. Das Ergebnis des ersten Wahlgangs gab ihnen recht. Am Ende war es nicht ein Technokrat, sondern der Demagoge, der als Herausforderer Iliescus in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zog. Corneliu Vadim Tudor unterlag Ion Iliescu erst im zweiten Wahlgang.

Corneliu Vadim Tudor, ehemaliger Hofpoet Ceaușescus und Chefredakteur der Wochenzeitung »Großrumänien« (*România Mare*). Vorsitzender der gleichnamigen *Partei Großrumänien* und Mitglied des rumänischen Senats, setzte auf die manifeste Politik- und Parteienverdrossenheit der Menschen, auf Sozialneid und Frustration. Ähnlich wie Iliescu sprach auch Tudor im Wahlkampf die Masse der Transformationsverlierer an. Die Zielgruppen der beiden Politiker sind jedoch nicht identisch. Tudors Wähler sind die Armen der höher

entwickelten Regionen (Siebenbürgen, Dobrudscha und das Banat). Sie sind mehrheitlich männlich, jung, mit Berufsschulbildung, arbeitslos. Für Iliescu stimmten die Armen aus den rückständigsten Gebieten (Moldau, Teile der Walachei). Seine Wähler sind im Durchschnitt älter, sie haben Volksschulbildung, viele gehören der Minderheit der Roma an.

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen

Kandidat	erster Wahlgang 26.11.2000	zweiter Wahlgang 10.12.2000
1. Ion Iliescu	36,35%	66,83%
2. Corneliu Vadim Tudor	28,34%	33,17%
3. Theodor Stolojan	11,78%	
4. Mugur Isărescu	9,54%	
5. György Frunda	6,22%	
6. Petre Roman	2,99%	
7. Teodor Meleşcanu	1,91%	
8. Eduard Gheorghe Manole	1,29%	
9. Graziella-Elena Bârlă	0,55%	

Die Entscheidung über den Einzug in den zweiten Wahlgang fiel im Fernsehwahlkampf. In aggressiver Manier versprach der »Tribun« die »Diktatur des Gesetzes« und auch »mit dem Maschinengewehr« zu regieren. Mißliebigen Politikern und Journalisten drohte Tudor mit der Einsetzung eines Komitees zur Untersuchung antirumänischer Aktivitäten.

Aufgeschreckt von dem Erfolg Tudors reagierte am Vorabend des zweiten Wahlgangs nicht nur die politische Klasse, sondern auch die Zivilgesellschaft. Die wichtigsten parlamentarischen Parteien, unter ihnen auch das *Demokratische Forum der Deutschen Rumäniens*, Studenten, aber auch der Patriarch der Orthodoxen Kirche, riefen die Wähler zur Wahlentscheidung gegen Gewalt und Extremismus auf. Prominente Intellektuelle der Gruppe für den Sozialen Dialog forderten einen »historischen Kompromiß« mit Iliescu und seiner

Partei. Sie verwiesen darauf, daß Iliescu bei seiner Abwahl im Jahre 1996 einen geregelten demokratischen Machtwechsel vollzogen habe. Auch war Iliescu im Vorfeld der Wahlen bei zahlreichen Besuchen in den USA und Westeuropa Kompetenz und Verlässlichkeit attestiert worden. Viele ehemalige Wähler Emil Constantinescus konnten sich dennoch nicht zu einer Wahlentscheidung zugunsten Iliescus durchringen. Die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang lag daher nur bei 57,50%.

Der Ausgang der Wahlen macht deutlich, daß die bei früheren Wahlen wichtigen Trennlinien zwischen links und rechts, Kommunisten und Antikommunisten an Relevanz verloren haben. An die Stelle der alten ideologischen Differenzen treten zunehmend wirtschaftliche und soziale Unterschiede, neue Trennlinien zwischen jung und alt gewinnen an Bedeutung. Regionale Unterschiede im Wählerverhalten sind in Rumänien nicht neu. Dennoch überraschte diesmal die Tatsache, daß in Siebenbürgen und im Banat, wo bisher bei allen Wahlen die antikommunistisch-demokratischen Parteien gesiegt hatten, nun so viele Wähler für den Nationalisten Tudor und seine *Partei Großrumänien* stimmten. Dafür gibt es gute Gründe. Entscheidend war in diesen Landesteilen der besonders ausgeprägte Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung. Dementsprechend schmerzlich wurde hier das Absinken des Lebensstandards empfunden. Daher entschloß sich ein Teil der Stammwähler der Mitte-Rechts-Parteien, der Wahlurne fernzubleiben, während immerhin 29% der früheren Wähler Emil Constantinescus nun für Corneliu Vadim Tudor stimmten.

Wie stark ist die neue Regierung?

Selten ist ein Wahlsieg in Rumänien so wenig gefeiert worden wie der Sieg Iliescus und seiner *Partei der Sozialen Demokratie*. Statt Aufbruchstimmung war in der Bevölkerung eher etwas von Resignation angesichts eines allzu häufig versuchten Neu-

anfangs zu spüren. Zwar hatte die Partei mit gut einem Drittel aller Stimmen einen achtbaren Erfolg erzielt, aber noch lange nicht die absolute Mehrheit errungen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Ergebnisse der Parlamentswahlen am 26. November 2000

Partei	Senat	Abgeordnetenhaus
Sozialdemokratischer Pol Rumäniens, PDSR	37,09%	36,61%
Partei Großrumänien, PRM	21,01%	19,48%
Demokratische Partei, PD	7,58%	7,03%
Nationalliberale Partei, PNL	7,48%	6,89%
Demokrat. Verband d. Ungarn Rumäniens, UDMR	6,90	6,80%
Andere	19,94%	23,18%

Das rumänische Wahlgesetz sieht eine Neuverteilung der für jene Parteien abgegebenen Stimmen vor, welche die Prozenzhürde (5% für Parteien, bis zu 10% für Wahlbündnisse) nicht erreicht haben. Diese Regelung begünstigt erfolgreiche Parteien, wie aus den folgenden Tabellen zu ersehen ist:

Verteilung der Sitze im Senat

Partei	Anzahl der Sitze	Prozent
Sozialdemokratischer Pol Rumäniens, PDSR	65	46,43
Partei Großrumänien, PRM	37	26,43
Demokratische Partei, PD	13	9,29
Nationalliberale Partei, PNL	13	9,29
Demokrat. Verband der Ungarn Rumäniens, UDMR	12	8,57

Verteilung der Sitze im Abgeordnetenhaus

Partei	Anzahl der Sitze	Prozent
Sozialdemokratischer Pol Rumäniens, PDSR	155	44,93
Partei Großrumänien, PRM	84	24,35
Demokratische Partei, PD	31	8,99
Nationalliberale Partei, PNL	31	8,70
Demokrat. Verband der Ungarn Rumän., UDMR	27	7,83
Minderheiten	18	5,22

Die neue Regierung unter Premierminister Adrian Năstase (geboren 1950), einem promovierten Völkerrechtler und Soziologen, zwischen 1990 und 1992 rumänischer Außenminister und seit 1997 Erster Stellvertretender Vorsitzender der *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens*, ist sich der Schwierigkeit der vor ihr liegenden Aufgaben zweifellos bewußt. Ihr politisches Überleben wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, Reformen umzusetzen, ohne die Stabilität zu gefährden.

Zur Gewährleistung einer effizienten Regierungsarbeit dürfte es nützlich sein, daß Präsident und Premierminister ein und demselben politischen Lager entstammen. Kraft Verfassung bestimmt der Präsident den Kandidaten für das Amt des Premierministers nach Befragung der im Parlament vertretenen Parteien. Einmal ernannt, braucht der Premierminister das Vertrauensvotum des Parlaments für sein Regierungsprogramm.

Die starke Stellung des Präsidenten innerhalb des gemischten, parlamentarisch-präsidentiellen Systems in Rumänien wird zum einen vom Parlament begrenzt. Zum anderen wird seine Machtbefugnis dadurch eingeschränkt, daß seine Gesetzesinitiativen vom Premierminister gegenzeichnet werden müssen. Der Premierminister hat innerhalb der Regierung zwar eine Leitungs- und Koordinierungsfunktion

inne, ausdrückliche Richtlinienkompetenz besitzt er jedoch keine. Das führte seit der Wende nicht selten zu Spannungen zwischen Premierminister und Präsidenten, und dies, obwohl der Präsident bisher immer aus den Reihen der stärksten Partei oder Parteienkoalition hervorgegangen war. Kein rumänischer Premierminister hatte Erfolg, wenn er sich nicht der Unterstützung des Präsidenten oder der an der Regierung beteiligten politischen Parteien sicher sein konnte.

Der neue Premierminister Adrian Năstase hat, so scheint es, aus den Fehlern seiner Vorgänger gelernt. Er hat seine Position in der Partei gut abgesichert. Auf dem Parteikongreß Ende Januar 2001 wurde er einstimmig zum neuen Vorsitzenden der *Partei der Sozialen Demokratie* gewählt. Ion Iliescu mußte auf seine Parteimitgliedschaft verzichten. Die Verfassung sieht vor, daß der Präsident während seiner Amtszeit keiner politischen Partei angehören und kein politisches Amt ausüben darf. Năstase kann dies nur recht sein. Schon im Vorfeld der Wahlen gab es mehr als nur Gerüchte um Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden. Die Liste der neuen Minister seiner Regierung läßt erkennen, daß Năstase sich mit seiner Mannschaft jüngerer, teils im Westen geschulter Technokraten definitiv gegen die alte, Iliescu-treue Garde in der Partei durchgesetzt hat.

Die neue Regierung setzt auf Pragmatismus

Bereits in der Endphase des Wahlkampfes hatte sich die *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens* für den Fall ihres Sieges zur Bildung einer Minderheitsregierung entschlossen. Durch den Verzicht auf die Bildung einer Koalition können Querelen vermieden, die Regierungsarbeit effizienter gestaltet und der Gesetzgebungsprozeß beschleunigt werden. Um sich erst einmal über die entscheidenden schweren Wintermonate zu retten, sicherte sich der neue Premierminister in einer Absprache die prinzipielle Unterstützung der drei im

Parlament vertretenen demokratischen Oppositionsparteien für Maßnahmen zur Modernisierung und zur Anhebung des Lebensstandards sowie gegen Extremismus. Konkrete Vereinbarungen schloß die Regierungspartei hingegen mit der *Nationalliberalen Partei* und mit dem *Ungarnverband*. Dabei setzte sie auf ein pragmatisches Vorgehen. Stillschweigend warf sie ideologischen Ballast ab und rückte von einigen ihrer populistischen Wahlkampfpapieren ab. Den Liberalen sagte Năstase zu, die von ihrem Parteivorsitzenden und ehemaligen Justizminister begonnene Reform des Rechtswesens fortzusetzen und Änderungen der Verfassung sowie der Wahl- und Parteiengesetzgebung in Angriff zu nehmen. Dem Ungarnverband versprach die Regierungspartei die Rückgabe von enteignetem Besitz, den Ausbau des Unterrichts in der Sprache der Minderheiten auf allen Stufen und die Verabschiedung des Gesetzes über die Kommunalverwaltung, das Vergünstigungen für Ortschaften enthält, in denen der Anteil der Minderheiten bei mindestens 20% liegt. Im Gegenzug wollen diese beiden Parteien die Regierung ein Jahr lang fallweise unterstützen und keinen Mißtrauensantrag stellen oder unterstützen.

Die neue Regierung braucht wirtschaftliches Wachstum und sozialen Frieden, um ihre programmatischen Ziele zu verwirklichen. Angestrebt wird eine jährliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 4–6% sowie die schrittweise Senkung der Inflation. Die soziale Komponente – der Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit – steht an vorderer Stelle, ebenso institutionelle Reformen, der Kampf gegen Korruption und Kriminalität. Geplant ist der Abschluß eines Sozialpakts mit Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Auf Kollisionskurs mit dem IWF?

Bemerkenswert ist das Bemühen der neuen Regierung um Kontinuität in der Politik der Integration in NATO und EU, die, von Nuanzen abgesehen, in ihren Grundzügen auch

im Wahlkampf nicht umstritten war. Die Regierung Năstase fühlt sich an die von der Vorgängerregierung unter Premierminister Mugur Isărescu ausgearbeitete EU-Strategie gebunden, die sie ein Jahr zuvor als Oppositionspartei unterstützt hatte. Sie will jedoch versuchen, ihre Vorgaben wirksamer als bisher umzusetzen. Neben den bereits vorhandenen Strukturen wurde ein neues Ministerium für Europäische Integration geschaffen, das eben dort ansetzen soll, wo bisher das größte Defizit Rumäniens bestand: bei der internen Umsetzung der mit der EU vereinbarten Reformen und Anpassungsmaßnahmen an den »acquis communautaire«. Auffallend ist auch die Besetzung relevanter Positionen der mit EU- und NATO-Integration befaßten Institutionen mit westlich geschulten und bisher in westlichen Hauptstädten akkreditierten bzw. in europäischen Institutionen tätigen Fachleuten.

Die Bemühungen der neuen Regierung um Kontinuität und Versachlichung haben bereits erste Früchte getragen. Zwei wichtige Gesetze passierten das neugewählte Parlament, welche die sich selbst blockierende vorherige Legislative nicht verabschieden konnte: zum einen das dem Ungarnverband zugesagte Gesetz über die Lokalverwaltung, zum anderen das Gesetz über die Restitution verstaatlichter Immobilien. Neue gesetzliche Vorgaben sollen speziell kleine und mittlere Unternehmen fördern. Hinzu kommen geplante Steuererleichterungen für (nicht zuletzt auch ausländische) Investoren. Bei Năstases Besuch in Brüssel Ende Januar signalisierte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi zwar Unterstützung für die bisher vom neuen rumänischen Kabinett beschlossenen Maßnahmen, mahnte jedoch weitere Reformen an.

Nach Jahren der verschleppten Reform sind keine internen Ressourcen mehr vorhanden, das heißt, um Reformen durchzuführen, braucht Rumänien internationale Unterstützung, die jedoch nur gewährt wird, wenn die Regierung in Bukarest zuvor weitere Strukturreformen durchführt – die

Quadratur des Kreises also. Eine erste Bewährungsprobe steht dem Kabinett bevor, wenn es im Februar 2001 erneut mit dem Internationalen Währungsfonds verhandeln muß. Die Regierung setzt auf Wachstum durch Nachfragesteigerung, der IWF trat bisher immer für eine Politik der Inflationsdämpfung durch Nachfragedrosselung ein. Vom Verlauf dieser Verhandlungen könnte sehr wohl der Erfolg oder Mißerfolg der Regierung abhängen. Angesichts der hohen Devisenreserven Rumäniens, könnte die Regierung auf einen IWF-Kredit verzichten. Sie tut es nicht. Bei seinem Besuch in Washington erklärte Finanzminister Mihai Tănăsescu, sein Land sei am raschen Abschluß eines neuen Darlehensabkommens interessiert. Von der Kreditzusage des IWF hängt nicht nur die Einschätzung Rumäniens durch potentielle internationalen Investoren ab, sondern auch die Gewährung finanzieller Unterstützung durch Weltbank und EU. Und die ist unverzichtbar.

Wird es Premierminister Năstase und seinen Ministern gelingen, den Internationalen Währungsfonds, dem Rumänien 1972 als erster (damals noch) kommunistischer Staat beitrug, davon zu überzeugen, daß eine Strategie, die ausschließlich auf die – von der Regierung ebenfalls angestrebte – Senkung der Inflation fixiert ist, der Wirtschaft keine Wachstumsimpulse vermitteln kann? Da sich diese Verhandlungen erfahrungsgemäß über einen längeren Zeitraum erstrecken können, wäre zu überlegen, ob die Europäische Union von dem bisher gepflegten strikten Junktim zwischen einer Kreditzusage seitens des IWF und der Gewährung von EU-Hilfen abrücken sollte. Eine solche Vorgehensweise hätte Vorteile. Rumänien könnte schnell geholfen werden. Und der Erfolg des Kurzzeitprogramms der neuen Regierung, das von allen demokratischen Parteien im Parlament mitgetragen wird, entscheidet über den Erfolg ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auf längere Sicht gesehen würde dies der rumänischen Regierung die Möglichkeit eröffnen, von der von all ihren Vorgängerregierungen geübten

Praxis abzurücken, unter Verhandlungsdruck unerfüllbare Verpflichtungen einzugehen. Auf längere Sicht wird aber auch diese Regierung daran gemessen werden, ob sie fähig ist, Reformen einzuleiten, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzeugen, ohne die Preisstabilität so gravierend wie bisher zu gefährden.

Die EU-Perspektive ist überlebenswichtig

Die neue Regierung hat im ersten Monat nach ihrem Amtsantritt nicht nur signalisiert, daß sie eine Wende der bisherigen Politik in Richtung erhöhter Kompetenz und Effizienz vollzogen hat. Sie hat lange blockierte Gesetze verabschiedet, um marktwirtschaftliche und demokratische Reformen voranzutreiben und die Zusammenarbeit von Mehrheit und Minderheiten zu fördern. Sie läßt auch keinen Zweifel an ihrem Integrationswillen. Somit stellt sich die Frage, warum die westliche Politik und Publizistik der regierenden *Partei der Sozialen Demokratie*, die zudem eine Fusion mit der traditionellen *Sozialdemokratischen Partei Rumäniens* plant und dadurch einer Aufnahme in die Sozialistische Internationale näherrücken könnte, jene politische Respektabilität versagen sollte, die man anderen sozialdemokratisch mutierten ehemals kommunistischen Parteien Ostmitteleuropas längst zugesteht. An der politischen Wertung orientiert sich nicht selten die Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes, denn daran werden Empfehlungen für potentielle westliche Investoren gekoppelt.

Was not tut, ist die moralische, politische, wirtschaftliche Unterstützung der neuen Regierung durch die westliche Staatengemeinschaft. Am Vorabend der Wahlen hatte der Westen, anders als im Falle Serbiens, negative Signale in Richtung Rumänien ausgesandt, die der extremistischen *Partei Großrumänien* als willkommene Argumente für ihre Verschwörungstheorien gedient haben. Integration in NATO und EU sind unverändert die Haupt-

ziele der rumänischen Außenpolitik. Zur Zeit führt Rumänien den Vorsitz in der OSZE sowie in deren Parlamentarischer Versammlung. Außenminister Mircea Geoană hebt die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit für Rumänien, insbesondere im Rahmen des Stabilitätspakts, hervor. Bukarest hofft auf Unterstützung bei der Sicherung seiner langen Außengrenzen gegen illegale Einwanderung, um so der Aufhebung der Visapflicht seiner Bürger in den Schengen-Staaten näher zu kommen.

In der jetzigen, entscheidenden Phase brauchen die Rumänen vor allem Verständnis für die spezifischen Probleme ihrer Transformation und kompetente Hilfe zur Selbsthilfe, um nicht in Resignation und Selbstisolierung zu verfallen. Das Land braucht eine gesicherte Zukunftsperspektive, um das gestörte Vertrauen der Menschen in die Regenerationskraft der Wirtschaft und Gesellschaft des Landes wiederherzustellen. Der Zeithorizont für den Beginn der Vollmitgliedschaft in der EU ist für die rumänische Administration nicht von entscheidender Bedeutung. In Bukarest weiß man besser als anderswo, daß Rumänien dafür in vielen Bereichen nicht reif ist. Den politisch Verantwortlichen geht es primär darum, die tatsächlichen Integrationsschritte mit Blick auf ein real existierendes, wenn auch zeitlich nicht fixiertes Ziel zu unternehmen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org